

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**Unterbringung von Asylsuchenden in einer Gemeinschaftsunterkunft in Brome**

Anfrage der Abgeordneten Maaret Westphely (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 09.02.2017

Die Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Brome war im Sommer 2016 in die Schlagzeilen geraten, u. a. wegen der sogenannten Sanktionskataloge/-listen und der darauf basierenden Sanktionsgeldern, die von dem dort mit dem gesamten Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft beauftragten Sicherheitsunternehmen Protector Security erhoben wurden. Die Missstände hatten damals zur Kündigung der Betreiberfirma Protector Security geführt.

1. Wie viele kommunale Gemeinschaftsunterkünfte für wie viele Asylbewerberinnen und -bewerber werden in Niedersachsen in welchen Kommunen von privaten Unternehmen betrieben?
2. Wie viele kommunale Gemeinschaftsunterkünfte für wie viele Asylbewerberinnen und -bewerber werden in Niedersachsen in welchen Kommunen allein von privaten Sicherheitsunternehmen betrieben?
3. Wie begleitet die Landesregierung ihre in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung (Drs. 17/3068) zum Ausdruck gebrachte Empfehlung gegenüber den Kommunen, bei einem Einsatz privater Betreiber und privater Wachdienste in Gemeinschaftsunterkünften besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt walten zu lassen und im Falle eines bereits bestehenden Vertragsverhältnisses auf eine Einhaltung der vereinbarten Bedingungen zu achten und diese zu kontrollieren?
4. In welchen der privat geführten Gemeinschaftsunterkünften sind Wachdienstleistungen an andere Firmen vergeben, und welche Firmen sind dies?
5.
 - a) In welchen privat geführten Gemeinschaftsunterkünften kommen Sanktionskataloge oder Sanktionslisten zur Ahndung von welchen (vermeintlichen) Verstößen zum Einsatz, und wer kassiert die einbehaltenen Strafgebühren?
 - b) Gibt es eine rechtliche Grundlage aus Sicht der Landesregierung dafür, und, wenn ja, welche ist dies?
6. Hatte der Landkreis Gifhorn im Fall der GU Brome und Protector Security Kenntnis von den Sanktionskatalogen/-listen oder Verstößen dagegen, und wie hat er sich gegebenenfalls dazu positioniert und verhalten?
7.
 - a) Wie und warum wurden die Sanktionsgebühren von den Bewohnerinnen und Bewohnern der GU Brome erhoben und letztlich wem zugeleitet?
 - b) Was wusste der Landkreis Gifhorn hierüber, und wie hat er sich gegebenenfalls dazu positioniert und verhalten?
8. Was hat die Landesregierung seit dem 19.02.2013 getan, um in den Kommunen schnellstmöglich eine Wohnungsunterbringung zu organisieren, wie sie als Maßgabe im Koalitionsvertrag festgehalten ist?
9. Was unternimmt die Landesregierung, um Maßgaben, wie im Gemeinsamen Konzept des MS und MI für den Kinderschutz und Gewaltschutz für Frauen in Aufnahmeeinrichtungen des Landes für Flüchtlinge und Asylbegehrende festgehalten, auch auf kommunaler Ebene zu verankern?

10. Sieht die Landesregierung Bedarf für unabhängige Beschwerdestellen, an die sich Betroffene wie im Fall Brome wenden können? Wenn ja, welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung diesbezüglich?